

# Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Gespaltene Kolonelle oder deren Raum mit 80 Pfg. solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in meinen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekanntes die Zeit 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montag einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweig-Str. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

**Bezugspreis**  
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zahlung 2,50 M., durch die Post halbjährlich 4,50 M., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Wechsel und mit Quittungen abgerechnet. „Saale-Bl.“ getrennt.  
Abonnenten der Redaktion Nr. 1140; der Druckerei Nr. 176; der Annoncen-Expeditoren Nr. 1133.

Nr. 115.

Halle a. S., Donnerstag, den 9. März.

1911.

## Fortsetzung der Modernisierungsdebatte.

### Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung, Mittwoch, 8. März, 11 Uhr.

Die allgemeine Besprechung des Kultusgesetzes wird fortgesetzt; in Verbindung damit wird das Kapitel „Gefandtschaften“ des Entwurfs des Ministeriums des Innern zur Beratung gestellt. **Abg. Seidel (Soz.):** Man konnte annehmen, daß die Volksschule einmal fähig würde. Aber man spricht nichts davon. Das Zentrum ist ganz pflichtgemäß geworden. Und es kann ruhig sein, daß die Kurie nicht unsere preussischen Diplomaten mit ihrer Kinogrotto. Die Nationalliberalen mit ihren nativen Gemütern werden auch nicht mit Bismarckschen Kürassierhelfen auftreten. Man will nur die höheren Schulen von den lateinischen Helfen befreien, aber die Volksschule kann nach wie vor der Kirche ausgeliefert sein. Für diesen Kampf haben wir nur Sopp und Söhn. Für den Militarismus wird unendlich viel mehr ausgegeben als für die Schulen. Der Ultramontanismus läßt sich und hat alle Ursache dazu. Die Herren Sunker sprechen nur pro forma von einem Mißfall. Wir fordern rechtliche Scheidung zwischen Staat und Kirche. Die Volksschule zwingt man. Glauben zu heucheln. Die Nationalliberalen sind es gewesen, die sie jetzt die Schule der Kirche ausliefern helfen. Das ist ein Schandstück, der ewig auf ihnen haftet. Die ganze geistige Bildung und Kunst müssen für die weltlichen Kreise erschlossen werden. Erst dann wird Freuen ein Kulturstaat. Das Volk wird sich trotz der schwarz-blauen Wiedersprüche erheben. (Beifall bei der Soz.)

**Abg. Dr. Forst (Ztr.):** Wir wollen den konfessionellen Frieden. Viele der gestern gemachten Ausführungen müssen aber unserer Widerprüfung finden. Daß wir im Verkehr mit Andersgläubigen erkläre kein, stimmt nicht. Dagegen hat in einer Versammlung in Hannover ein Jungliberaler Beschwerde geführt, daß die nationalliberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu freundschaftlich mit den Mitgliedern des Zentrums verkehrten. (Hört hört rechts.) Der Schulkampf ist kein katholisches Spezifikum, wir haben Schulter an Schulter mit dem evangelischen Volke. Die päpstlichen Verfügungen für das Gebiet der katholischen Kirche, also für die ganze Welt ergangen, nicht für Preußen allein. Bei der Beschaffenheit der Verhältnisse sind verschiedeneartige Abänderungen nicht zu vermeiden. Wir haben allerdings den Wunsch, daß alle solche Dekrete auch in unseren Verhältnisse zu gerichtet sind, daß Konflikte vermieden werden. Auch nach der Meinung der Rechten ist diese Tribüne für rein kirchliche Dinge nicht zugänglich. Der Antimodernist sieht eine Entscheidung des Oberhauptes der Kirche, der sich jeder Katholik zu fügen hat. Der Eid verpflichtet zu nichts, wozu ein Katholik nicht schon vorher verpflichtet gewesen wäre. Die Gläubigen in der evangelischen Kirche stehen auf dem gleichen Standpunkt wie der Papst beim Modernisierer. (Widerpruch links.) Die Evangelischen gehen nur anders gegen den Modernismus vor. Aber an sich ist der Kampf der gleiche. Wahrung des christlichen Glaubens! Zur unterirdischen Literatur gehört auch die Wissenschaft von Gott. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten über die Leistung des Modernisierers, eines seitens der Oberlehrer haben bei meinen politischen Freunden sehr lebhaftes Bedauern hervorgerufen. (Lebhafte Zustimmung im Zentr.) Es ist eine imparitätliche Behandlung, wenn man Wissenschaft als Lehrer zuläßt, katholische Geistliche aber, weil sie zu nicht glauben, ausschließt. Ich warne vor den Konsequenzen. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

### Kultusminister v. Trott zu Solz:

Der Ministerpräsident hat nicht die Ansicht vertreten, daß ein katholischer Geistlicher deshalb, weil er den Antimodernisierer geschworen hat, nicht fähig sei, an unseren höheren Anstalten Unterricht im Deutschen wie in der Geschichte zu geben. Die Sorge um die Erhaltung des konfessionellen Friedens veranlaßt uns aber, uns eine größere Zurückhaltung bei der Anstellung von katholischen Geistlichen im Staatsdienst aufzuerlegen, solange, bis wir die Zuversicht haben, daß die Kirche ebenso wie der Staat das zwischen ihnen liegende Grenzgebiet mit derjenigen Vorsicht und Zurückhaltung betritt, die zur Erhaltung des Friedens und zur Vermeidung von Konflikten nötig ist. (Lebhafte Beifall.) Die Erfahrungen der letzten Zeit haben uns deutlich vor Augen geführt, wie nahe eine solche Konfliktmöglichkeit liegt. Bei den katholischen Geistlichen, die zugleich im Staatsdienst stehen, kann ein Konflikt der Pflichten eintreten. Dann kommt sehr leicht eine Meinungsverschiedenheit und schließlich steht der Konflikt vor der Tür aus einem verhältnismäßig geringen Anlaß. Wir werden in der Anstellung von katholischen Geistlichen im Staatsdienst solange Zurückhaltung üben, bis wir die Zuversicht haben, daß auch von Seiten der Kirche das Grenzgebiet mit Vorsicht und Zurückhaltung betreten wird. (Beifall links.)

**Abg. Dr. Friedberg (nl.):** Herr von Heybrand hat dem Unterrichtsminister sein volles Vertrauen ausgesprochen. Darauf kommt es aber nicht an, sondern darauf, wie man es befragt. (Sehr richtig! links.) Die Ausführungen des Abgeordneten von Heybrand klingen eigentlich mit denen des Ministerpräsidenten parallel. Zu meiner Freude muß ich aber erklären, daß der Ministerpräsident andere Konsequenzen gezogen hat, als Herr von Heybrand, der uns schließlich nur geraten hat, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten. Der Ministerpräsident hat mit

voller Energie anerkannt, daß die Kurie in rücksichtsloser Weise gegen den preussischen Staat vorgegangen ist. Dr. Forst scheint von den Dingen der italienischen Kirche nicht die geringste Ahnung zu haben. Die preussische Regierung wurde durch die Forderung des Modernisierers einfach überfallen. Und wie wird die preussische Gefandtschaft von der römischen Kurie behandelt! Ein Brief an den Erzbischof von Köln soll als Antwort auf eine Anfrage der preussischen Regierung gelten. Mit der römischen Kurie müßte man nur schriftlich verkehren. Ein hochgeachteter verstorbenen Beamter des Kultusministeriums, der in der Lage war, viele Versprechungen zu geben, pflegte zu sagen: lassen Sie mich in Ruhe, ein anständiger Mensch macht schriftliche Verträge. (Heiterkeit.) Dem Gedanken der Beschaffung der Gefandtschaft am Vatikan wollen wir zuerst nicht näher treten. Aber die römische Kurie muß dieser Gefandtschaft, die einer Anerkennung des Papstes als Souverän bedeutet, auch eine würdige Behandlung zuzulassen lassen. Unverständlich ist mir, wie Dr. Forst von einer konfessionellen Seite reden konnte. Die Rede des Abg. von Heybrand erscheint mir als eine schwache Morgenröte besserer Erkenntnis. Hoffen wir, daß die konservative Partei zu den alten besseren Traditionen zurückkehren wird. (Lebh. Beifall bei der Natl.)

**Abg. Dr. Pachtel (Sp.):** Die Rede des Kultusministers amete den Geist des Friedens. Aber es kann der beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Die Gegenliebigkeit ist nicht verbürgt, deshalb sind wir mit der Rede des Ministerpräsidenten nicht so einverstanden, wie Dr. Friedberg. Diese Rede war nur eine Warnung an den Vatikan. Das Friedensschreiben kam früher zum Ausdruck, als das preussische Selbstgefühl und das Staatsbewußtsein. (Sehr richtig! links.) Die Gefandtschaft im Vatikan hat bewiesen, daß sie überflüssig ist. (Zustimmung links.) Die falsche Information des Ministers, daß nicht von allen Geistlichen, die Staatsbeamte sind, der Eid gefordert werden würde, stamme von kirchlicher Seite. Hier ist also die Gefandtschaft gar nicht in Funktion getreten. Die Gefandtschaft muß doch vertraut sein mit den Dingen, die sich vorbereiten. Sonst brauchen wir keinen Gesandten, sonst genügt die Post auch! (Sehr gut! links.) Es ist ein Verstoß gegen den diplomatischen Gebrauch, daß der Vatikan, nachdem er mit dem Gesandten eines Staates verhandelt hat, noch Briefe an Unterthanen dieses Staates richtet. Wir werden gegen den Titel „Preussische Gefandtschaft beim Vatikan“ stimmen und damit beenden, daß wir auch die übrigen einzelstaatlichen Gefandtschaften für überflüssig halten. Damit bewegen wir uns auch in den Traditionen der Bismarckschen Politik, die nur eine deutsche, aber nicht eine preussische Gefandtschaft beim Vatikan wollte. Unter Kulturkampf verließen wir den Streik der Konfessionen und dem Ergebnis nach die Begünstigung einer Konfession durch den Staat zum Nachteil der anderen. Das wollen auch wir nicht. Die Wissenschaft muß geschützt werden, nicht nur gegen politische, sondern auch gegen kirchliche Einflüsse. (Lebhafte Beifall links.)

### Staatssekretär des Meubren v. Aiberlen-Wächter:

Der Vordrucker hat dem Gesandten in Rom den Vorwurf gemacht, daß er sich das unkorrekte Verfahren der Kurie habe gefallen lassen müssen, indem die Kurie eine Antwort auf die Vorstellung des Gesandten in einem Briefe an eine andere Stelle gegeben habe. Der Vorgang ist folgender gewesen: Der Gesandte in Rom hatte die Instruktion bekommen, die Kurie auf die Erregung aufmerksam zu machen, die die verschiedenen Dekrete der Kurie in Deutschland hervorgerufen hat. Er sollte der Kurie Mittel und Wege zu finden anheimstellen, um diese Aufregung zu beruhigen, und er sollte ihr überlassen, wie sie Konflikte, die sich daraus ergeben könnten, befeitigen oder ihnen vorbeugen wolle. Darauf ist dem Gesandten nachher mitgeteilt worden: Infolge Ihrer Vorstellungen habe ich einen Brief, den ich an den Fürstbischof von Kopp gerichtet habe, veröffentlicht lassen, und wenn ich diese Gelegenheit nicht gehabt hätte, diesen Brief, den ich schon geschrieben hatte, zu veröffentlichen behufs Beruhigung der Gemüter, dann hätte ich eine andere Gelegenheit gesucht.

Ich glaube, das ist ein ganz korrektes Verfahren. Dagegen ist gar nichts einzuwenden. Dann ist dem Gesandten mangelhafte Information vorgegangen worden. Es ist gesagt worden, er habe die Absichten der Kurie nicht gekannt. Das verlangen wir von keinem von unseren Vertretern draußen, daß sie die Absichten der Regierungen vorher kennen. (Heiterkeit.) Also können wir es auch hier in diesem Falle nicht verlangen. Daran anschließend hat dann der Vordrucker gesagt, der Gesandte hätte wenigstens unmittelbar, nachdem er sie gekannt hätte, eingreifen müssen. Da hätte der Gesandte ja sich gehandelt. Er muß, wenn er die Sache erfährt, erst an seine Regierung berichten, denn alle in ein ist in der Lage, genau zu beurteilen, was in dem betreffenden Falle zu geschehen hat. Das hat Herr v. Wächter getan. Darauf hat er seine Instruktionen bekommen, die er ausgeführt hat. Der Vordrucker sagte noch: Statt dieser Gefandtschaft genüge auch die Post. Schließlich mußte doch aber auch auf der Post jemand sein, der schreibt. (Heiterkeit.)

Die allgemeine Besprechung wird durch einen Schlußantrag beendet. Zur Geschäftsordnung bemerkt

**Abg. Hedenroth (konl.):** Der Abg. Friedberg hat unter Beifall in der Kommission einer schriftlichen Kritik unterzogen, die schon in der Handbewegung zum Ausdruck kam. Wir werden ihm bei Gelegenheit darauf antworten.

**Abg. Dr. Friedberg (nl., persönl.):** Der Abg. Hedenroth hat in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung nach gesprochen, daß ich eine Handbewegung gemacht hätte. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, was er aus dieser Handbewegung herausgesehen hat. Jedemfalls habe ich eine besondere Absicht nicht damit verbunden. (Heiterkeit.) Seiner Entgegnung sehe ich mit Seelenruhe entgegen. Ich werde meinen Freund Dr. Lohmann bitten, sich darauf inswischen vorzubereiten. (Heiterkeit.)

Die Kapitel „Mittlergebalt“ und „Gefandtschaften“ werden genehmigt. Es folgt das Kapitel „R u l u s u n d U n t e r r i c h t“.

**Abg. Dr. Runge (Sp.)** fordert für das Volk größere Rechte bei der Kirchenverwaltung. Die wahre Volksschule muß sich auf Vertrauen begründen. Wo aber einzelne Geistliche solche auf Vertrauen gegründete Personalgemeinden sich bilden, da wird gleich ein veto eingelegt. Das zeigt der Fall Katho. In unsern evangelischen Fakultäten an den Universitäten sind leider in Händen der Theologie. Aber die Geschichte der Geisteswissenschaft regiert sich selbst. Dem gesunden Modernismus muß mehr Raum gegeben werden.

**Abg. Winkler (konl.)** protestiert gegen die Behandlung innerer Angelegenheiten der evangelischen Kirche vor dem internationalen Abgeordnetenhause. Die Zurückhaltung, die wir von katholischer Seite verlangen, muß auch von evangelischer Seite beobachtet werden. Darüber, daß ein Geistlicher, der sich in Widerspruch mit der Kirche gesetzt hat, aus ihr entfernt werden soll, besteht kein Zweifel, solange ein rechtlich geordneter Organismus aufrecht erhalten werden soll.

Das Haus verläßt sich.

**Abg. Dr. Runge (Sp., persönl.):** Ich habe hier nur meine Uebersetzung zum Ausdruck gebracht und lasse mir über die Art und wo ich sie vorbringe, keine Vorschriften machen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Fortsetzung.

## Deutscher Reichstag.

142. Sitzung, Mittwoch, den 8. März.

### Der Postetat.

**Abg. Groeber (Ztr.):** Wenn die Beamten immer noch unzufrieden sind, so liegt die Schuld auf Seiten der Regierung. Sie hat unseren weiter gehenden Wünschen ein glattes „Annehmbar“ entgegengesetzt. Auf dem Gebiete des Beamtenrechts liegt noch vieles im Argen. Der Redner begründet einen Antrag, der die alsbaldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten und unter anderem fordert. Daraus soll das Disziplinarverfahren mit ausreichenden Garantien versehen und insbesondere das Wiederannahmeverfahren geregelt werden. Ferner soll auf Eintragungen in die Personalakten, die dem Beamten zum Nachteil gereichen, nur dann eine Entscheidung getroffen werden, wenn dem Beamten Gelegenheit zur Auseinandersetzung gegeben ist. Weiter fordert der Antrag eine Statistik über die Familienverhältnisse der Reichsbeamten und die Möglichkeit einer Wiederholung der Post- und Telegraphenstellenprüfung.

**Abg. Eichhoff (Sp.):** Wir werden dem Antrage zustimmen. Der Etat bietet ein erfreuliches Bild. Der Geist wieder Sparsamkeit herrscht in ihm. Berechtigte Reformen sollte der Staatssekretär aber nicht ablehnen. Er sollte den Verkehr nicht künstlich verteuern. Auf dem nächsten Weltkongress muß die Frage des Einheitsports wieder erörtert werden. Ein gesundes Optimismus ist da ganz am Platze. Herr v. Sieghart hat dieses Einheitsporto als Ideal bezeichnet. Es wäre daher eine Ironie des Schicksals, wenn kein Nachfolger dagegen wäre. Was für der Staatssekretär zu einem Einheitspaletto von 30 Pfg. hat ein Kilopaket? Der Verein rheinisch-westfälischer Exportfirmen klagt über Belästigungen beim Paketverkehr nach China über Ausland. Der Redner bringt Beschwerden der Eisenbahnbetriebsanstalten vor. Man sollte sie nicht unnötig belästigen, sie dienen dem Verkehr. Die Polizeiverwaltung muß ruhig eine eigene Institution auf diesem Gebiete schaffen, sie hat aber kein Recht, die unliebsame Privatkontrollen zu besorgen. Der Redner fordert die Einweisung von Brieflegationen und ein neues Postfachamt in Düsseldorf oder Elberfeld, da Köln überlastet ist. Bedauerlich ist der Überfluß an höheren und mittleren Beamten, der einer äußerst langweiligen Annoncen zu Folge hat. Mit unseren Anträgen auf Beseitigung der mittleren und unteren Beamten sind wir leider nicht durchgegangen. Eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, besonders im Westen, ist durchaus notwendig. 500 Familien in dieser Richtung liegen bereits vor, aus Bremen usw. dem ganzen westlichen Rand.

**Abg. Eichhorn (Soz.):** Der Reichstag ist ja ganz angenehm. Aber die Post soll doch nicht der Postmodernität dienen; sie soll in erster Linie Verkehrsmittel sein. Und da geht noch viel. Herr Kraack sieht den Schreckensgang. Er ist taub gegen die meisten Reformvorschlüge. Der Redner fordert das 10 Pfg.-Weltporto. Notwendig ist die Herabsetzung des Disportos für Postarten und der Postgebühren. Hoffentlich bleibt uns der Staatssekretär mit seiner Fernsprechgebühren-„Reform“ vom Leibe. Die Messengers-Institute sind ein Verkehrsbehinderung. Der gegen sie geführte Kampf tritt schon aus Überdies. Der geplante Einheitsdienst der Post wird sich nicht bewähren, da er zu teuer ist. Man sollte die untere und mittlere Beamte auch in höhere Stellen aufsteigen lassen. Der Redner führt Folgendes über die jantianen Zustände beim Telegraphenamt in Frankfurt a. M., die geradezu kanakalös seien. Im Oktober wurde ein Interbeamter in schmerzlicher Weise geschnitten, weil er Vordrucker des Interbeamtenvereins war. Er wurde schließlich verurteilt und dann auf Veranlassung der Oberpostdirektion in

Königsberg i. Pr. noch heimlich überwaht. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Ungleichheit unter den Beamten immer größer wird. Das ist nur ein Stück eines verderblichen Systems, das wir energig bekämpfen. Man will man den Oberpostpräsidenten eine Gehaltserhöhung gewähren, um sie für die Rollen zu fangen. Das machen wir nicht mit. Zurück müssen die unteren Beamten! Wir sind bereit, die Gehaltssteuer einzuführen, um die Beförderung der unteren Beamten zu steigern. Die Arbeiten, die die Postverwaltung zu vergeben hat, sollten nur Firmen auskommen, die Tarifverträge abschließen.

**Hg. Dr. Brodieser (konl.):** Die geringen Besoldungen, die der Redner vorzubringen wußte, sind die beste Anerkennung für die Postverwaltung. Wir sehen den vorliegenden Postetat sehr viel günstiger an als die Sozialdemokratie. Die Post ist ein werbendes Unternehmen und muß nach kaufmännischen Gesichtspunkten verwaltet werden. Auf die Einnahmen aus der Post können wir nicht verzichten.

Der Redner erörtert die Beamtenverhältnisse sehr eingehend an der Hand der Petitionen, betont als dringende Forderung, daß bis auf weiteres eine neue Anwärter für die höhere und mittlere Laufbahn eingestellt werden, unterstützt den Staatssekretär in seiner Aufrechterhaltung des Monopols gegenüber den privaten Postanstalten und polemisiert gegen die Sozialdemokraten, die den Beamten nur Recht auf die Wähler schenken. Der Staatssekretär sei in der letzten Zeit häufig leidet worden; hoffentlich wird er nun erst recht noch lange im amtlichen Leben bleiben.

**Staatssekretär des Reichspostamts Kraetzke:** Die Frage des Disziplinarrechts der Beamten wird jetzt geprüft. Wir hoffen bald zu einem Ergebnis zu kommen. Bei künftigen Eingetragenen in die Personalstellen werden jetzt schon die Beamten gehört. Die gemündete Statistik will ich gern liefern, sie kostet aber Zeit und Geld. Eine Wiederholung der Post- und Telegraphenprüfung zuzulassen, erscheint nicht angebracht. Dringend bitte ich die von uns geforderten neuen Stellen zu bewilligen. Die 900 Mark Zulage für die Oberpostassistenten würden 900 000 Mark ausmachen. Es müßte eine Deduktion geschaffen werden. Der Staatssekretär antwortet dann auf verschiedene Personalbeswerden und rügt die getroffenen Einzelmaßnahmen. Bei Vergütungen von Lieferungen werden nur Firmen berücksichtigt, die die Sicherheit gewähren, daß sie die Forderungen ihrer Handwerker und Arbeiter berücksichtigen und ihre Versicherungsbeiträge zahlen. Bezüglich der Tarifverträge kann ein einzelnes Beispiel nicht einseitig vorgeben. Da muß eine allgemeine Verständigung stattfinden. Das viele Glück an dem Postpostverein ist mir nicht sehr sympathisch. Eine einseitige Regelung des Postos läßt sich nur dann durchführen, wenn man die Verluste, die man auf der einen Seite erleidet, durch Ersparnisse auf der anderen Seite gutmacht. Das ist aber nur möglich, wenn alle Staaten zustimmen. Gemäß hat die Ermäßigung des Postos eine enorme Erhöhung des Industrieverkehrs zur Folge, aber damit ist noch nicht ohne weiteres eine Erhöhung der Einnahmen gesichert. Ich glaube nicht, daß beim Zusammensturz des nächsten Weltpostkongresses die Finanzen aller Länder so gut sein werden, daß man ein einheitliches Weltpostporto mit beschließen können. Die Schikanen der russischen Postverwaltung bebauern wir sehr. Wir verfolgen Absichten, aber auf diplomatischem Wege ist das nicht zu erreichen. Die Privattelefontelegraphen schenken uns nur die Einnahmen in den großen Orten fort, wo etwas zu verdienen ist. An den kleinen Orten, wo nichts zu holen ist, überläßt sie den Dienst der Post. Sie verlangen immer Entgegenkommen für die Privattelefontelegraphen von uns. Wenn das aber für unsere Einnahmen üble Folgen hätte, dann würden sie uns Vorwürfe machen. Der Einführung von Brieftelegraphen sehe ich sympathisch gegenüber, aber die Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen. Zur Regelung des Postverkehrs wird in nächsten Jahre ein Gesetzvorschlag gemacht.

**Hg. Dr. Stresemann (nl.):** Die Erfolge des Fernsprechens sprechen gegen eine grundsätzliche Wenderung. Die sozialen Einrichtungen des Reiches sollen auch für die Postbeamten nutzbar gemacht werden. Die geforderten höheren Besoldungen können nicht bewilligt werden. Beim Wohnungsgeheimnis können die Härten der Wohnungsordnung gemildert werden. Die Frage der Reichsfinanzverwaltung ist in der Hand der Reichsfinanzminister. Die Reichsfinanzminister sind die Herren der Reichsfinanzverwaltung. Die Reichsfinanzminister sind die Herren der Reichsfinanzverwaltung. Die Reichsfinanzminister sind die Herren der Reichsfinanzverwaltung.

**Hg. Ding (Rp.):** tritt um eine Teilung des Oberpostdirektionsbezirks Düsseldorf, eine neue Oberpostdirektion und ein Postbezirk für das Wuppertal, sowie eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses in den Industriebezirken des Westens. Der Redner trägt Verhörerwünsche vor, u. a. weitere telegraphische und telephonische Kabel, besonders ein telephonisches Kabel von Berlin bis zum äußersten Westen.

**Staatssekretär Kraetzke:** In der Frage des Wohnungsgeheimnisses sind Untersuchungen im Gange. (Beifall.) Was die Erhöhung einer neuen Oberpostdirektion anlangt, so müssen wir bei unseren Finanzverhältnissen mit den bisherigen Behörden auskommen, solange wir nur irgend den Dienst wahrnehmen können. Der Staatssekretär erklärt, daß er für die Wünsche der Oberpostpräsidenten hinsichtlich ihres Anwartschaftsverhältnisses eintreten werde.

Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr. — Schluß 6 1/2 Uhr.

## Der Postetat in der Budgetkommission.

Berlin, 9. März 1910.  
Die Budgetkommission des Reichstags letzte gestern die Beratung des Postetats fort. Es ist eine Denkschrift „Erklärung zu den Hilfsanwärterstellen im Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung“ eingegangen. Danach sind im ganzen noch rund 15 000 Hilfsanwärter und 11 250 Militäranwärter, zusammen also noch 26 250 mittlere Beamte in etatsmäßigen Stellen unterzubringen. Daron werden nach vorläufiger Schätzung in den nächsten zehn Jahren etwa 12 000 in freierwerbende vorhandene Stellen einzurufen, so daß (vom Militäranwärtern) nach und nach insgesamt 14 250 etatsmäßige Stellen erforderlich werden. Hilfskräfte im Unterbeamtendienst mit ein bis zehn und mehr Dienstjahren sind 32 128 vorhanden, während insgesamt 88 952 etatsmäßig angestellt sind. Im Etat sind nun für Hilfsleistungen im mittleren Dienst 27,5 Millionen Mark (1 090 100 Mk. mehr) und für Hilfsleistungen im Unterbeamtendienst 34 276 100 Mark (ohne Erhöhung des Titels) vorgezogen. Es liegt der Antrag eines Zentrumsabgeordneten vor, einen Teil der Mehranforderung beim mittleren Dienst zu streichen und beim Unterbeamtendienst auszuweichen.

Der Vorsitzende des Zentrums führt Beschwerde über den späten Eingang dieser Denkschrift. Es ergebe sich aus ihr, daß es sich nicht nur um die Unterbringung von 17 000 Beamten handelt, sondern daß dazu noch 10 000 Militäranwärter kommen. Wie sollen diese eingereiht werden? Die Zahl der Gehilfinnen sei außerordentlich angeschwollen. Der Vorsitzende der Kommission, Herr v. Camp, bittet, auf die Reform des Beamtenwesens nicht weiter einzugehen. Man könne aus der Denkschrift alles oder nichts herauslesen. Von fortschrittlicher Seite wird mit Rücksicht auf den späten Eingang der Denkschrift die Auslegung der Titel über die dauernd erforderlichen Hilfsleistungen, die Posthilfsstellen und die Stellvertreterstellen beantragt.

Der Ministerialdirektor gibt folgende Erklärungen ab:

Der Abgang der Beamten bei den einzelnen Kategorien in der Denkschrift ist nach den Erfahrungen berechnet. In der Bedienung des komplizierten Apparaten können die ersten sechs Monate nicht verwendet werden. Sodann sind die etatsmäßigen Hilfsstellen billiger als die gehobenen Unterbeamtenstellen. Das Anwachsen des Beamtenkörpers beruht lediglich auf der Steigerung des Verkehrs. Man muß berücksichtigen, daß sich die Einnahmen der Post aus Nickel und Pfennig zusammenziehen. Die Einstellung von Dauerretirern ist eine Maßregel im finanziellen Interesse.

Der Vertreter der Konservativen stellt hierzu fest: Der Kern der Sache ist, die Budgetkommission wünscht eine Reform, weiß aber nicht, wie sie sie machen soll. Einzuweisen muß die Reform vorbereitet werden durch Abhebung an den Forderungen für Hilfsleistungen.

Die vorerwähnten Titel werden nunmehr ausgesetzt. Im übrigen wird das Ordinariat des Postetats erledigt und ebenso die einmaligen Ausgaben. In Bezug auf die Privatbeförderungsanstalten erklärt der Staatssekretär, daß an dem Monopol gegenüber den Messinger Bous festgehalten werde. Die Privatbeförderungsanstalten verließen in großer Anzahl gegen die geschlossenen Postanstalten. Der Zentrumsmitglied v. Böttger rügt die Fortsetzung der staatlichen Nebenverwaltungen, die nur den Wählern zugute komme; der Staatssekretär stellt das in Abrede, die Pächter müssen der Postverwaltung Porto bezahlen.

Eine längere Aussprache findet statt über die Frage, ob die Einnahmen des Postetats nicht in die Höhe gehoben werden können. Von Zentrumsseite wird einer solchen Erhöhung widersprochen, die etwaigen Ueberflüsse sollen zur Reichsschuldenentlastung verwendet werden. Auf Anfrage wird von der Verwaltung mitgeteilt, daß die Ueberflüsse des laufenden Rechnungsjahres, April bis Ende Januar, zirka 27 Millionen mehr als im Vorjahre betragen, aber im Februar und März würden sie nicht steigen. Auf Anfrage erklärt der Staatssekretär das Gehalt, wonach die berühmte Mauritiusmarke im Reichspostmuseum gefächelt ist, für falsch.

Kunmher werden die ausgesetzten Titel über die Hilfsstellen noch einmal verhandelt. Der Staatssekretär erklärt, daß bis auf weiteres keine Anwärter mehr zur Annahme gelangen sollen. Hiervon werden die Titel genehmigt. Damit ist der Postetat erledigt.

## Deutsches Reich.

### Herr v. Bethmann Hollweg und der Vatikan.

In einem längeren offiziellen Telegramm aus Berlin, das die „Köln. Ztg.“ in ihrer gestrigen Mittagsausgabe bringt, wird die temperamantvolle Rede des preussischen Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus mit erheblicher Deutlichkeit kommentiert. Die „Köln. Zeitung“ sagt: „Diese sehr wohl durchdachte, jedenfalls außer sorgfältigste vorbereitete Rede verdient es, aufs genaueste gelesen zu werden, denn sie gibt nicht nur die Auffassung des Kampfes von heute wieder, sondern sie zeigt Entwicklungsmöglichkeiten, die, wenn sie auch in eine zielgerichtete Sprache gekleidet sind, doch mit aller Klarheit hervortreten.“

Zunächst hat der Kaiser mit vollster Entschiedenheit ausgeprochen, daß niemand in Deutschland Schluch nach einem neuen Kulturkampf empfindet, eine Erklärung, mit der er die allgemeine Zustimmung des Hauses fand. Durch die ganze Rede des Reichstanzlers zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß der Staat alles in seinen Kräften stehende tun solle, um die schädliche Wirkung des Geschehenen abzuwenden und weitere Störungen zu vermeiden, zugleich aber auch die Befürchtung, daß das, wenn der Vatikan seine neue Taktik weiter befolge, vielleicht nicht gelingen könne, und daß es dann zum „Kampf gegen Kamp“ kommen müsse. In diesen Ausführungen wird der Kaiser auf die Unterstützung der ungeheuren Mehrheit der Nation rechnen können, sowohl bei dem Verstande, mit der katholischen Kirche nach Möglichkeit in Frieden zu leben, als auch bei entschiedener Abwehr kirchlicher Uebergriffe, wenn sie nötig werden sollte.

Die ganze Schilderung der Entwicklung dieser neuesten Streitfragen weist mit tiefem Ernste auf ihren bedrohlichen Charakter hin, und es wäre dringend zu wünschen, daß diese Seite der Ausführungen nach zwei Seiten hin volle Beachtung fände: einmal dem deutschen Volke, das sich der Ernst der Lage vergegenwärtigen und sich ebenso vor jenenfalls eintretenden Gefahren, wie es die Sache nicht auf die leichte Achsel nehmen darf, es andere Seite, der wir die Beachtung der Bethmannschen Rede aus dringende empfehlen, das ist der Vatikan, der wahrlich schon Schwierigkeiten genug zu bekämpfen hat, um sich nicht ohne jede Notwendigkeit einen Streit mit Deutschland auf den Hals zu laden.“

### Entfernungsgehören in der Schule.

Durch ministeriellen Erlass ist darauf hingewiesen worden, daß das für den Soldaten so wichtige Schöhen von Entfernungen der Lebung bedarf und daß sich deshalb auch die öffentlichen Schulen dieser Aufgabe besonders annehmen sollen. In den ländlichen Fortbildungsschulen wird dieser Unterricht bereits vielfach von Offizieren erteilt. Eine weitere Ausgestaltung dieses Unterrichts ist in Aussicht genommen, wobei die nächsten Garnisonen sowohl Offiziere als Unteroffiziere als Instruktoren stellen sollen.

### Die Mittagspause.

Das Kammergericht hat eine Entscheidung gefällt, welche für Geschäftsleute von prinzipieller Bedeutung ist. Nach § 139 c der Gewerbeordnung sollen die Arbeitgeber den Gehilfen, Arbeitern, Lehrlingen in offenen Verkaufsstellen innerhalb der Arbeitszeit eine „angemessene“ Mittagspause gewähren, widrigenfalls sie eine Strafe bis zu 2000 Mark zu gewärtigen haben.

Die Anhiänger darüber, was unter einer „angemessenen“ Mittagspause zu verstehen ist, gehen weit auseinander; während die Arbeitgeber eine Mittagspause von 25 Minuten für angemessen erachten, nimmt die Staatsanwaltschaft an, daß eine angemessene Mittagspause mindestens ein einhalb Stunden betragen müßte. Ein Zigarrenfabrikant J., welcher zahlreiche Zigarren herstellt, hatte mit einem feierlich formulierten Vertrag vereinbart, daß er innerhalb der Arbeitszeit eine Mittagspause von 25 Minuten gewähre; während dieser Zeit wurde das Geschäft geschlossen. Die Strafkammer sprach J. von der Zwangsarbeit frei, da 25 Minuten eine „angemessene Mittagspause“ bilden; in 15 Minuten könne die Wahlzeit eingenommen werden, so bleiben dann noch 10 Minuten zum Raufen übrig. Diese Entscheidung führt die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an, welche indessen die Revision zurückwies u. a. ausführt, die Vorenthaltung ist ohne Rechtsirrtum ergangen, es steht fest, daß J. seinem Zigarrenfabrikanten 25 Minuten Mittagspause gewähren und den Laden während dieser Zeit schließen lasse. Rechtsirrig ist es nicht, wenn die Strafkammer einen Zeitraum von 25 Minuten für eine angemessene Mittagspause erachtete.

### Steltene Submissionsliste.

Auf die Ausschreibung der Arbeiten und Lieferungen für die Ausführung eines Neubaus am Sogener Bahnhofumbau sind 22 Offerten eingegangen. Es fordern u. a. Fr. J. 100 000 Mark, August Garbe-Holten 100 000 Mark, Wilhelm Budde-Nierloh 97 466 Mk., Christian Junke-Schwartz 100 825 Mark und D. u. Co. Düsseldorf 200 564 Mark. Der Unterstich beträgt 116 615 Mk. gleich 130 Prozent. Wer wird sich denn da verreckt haben?

### Parteinachrichten.

#### Auf ein neues Logo im sozialdemokratischen Partei-programm

weist kein geringerer als der Hohepriester des sozialdemokratischen Parteiprogramms Karl Kaustsch hin. Das sozialdemokratische Parteiprogramm enthält die Forderung: Direkte Beteiligung der Arbeiter durch das Volk mittels des Vorschlags- und Berufungsverfahrens. Karl Kaustsch aber schreibt jedoch in einem Wortwort zur zweiten Auflage seiner Schrift „Parlamentarismus und Demokratie“ wörtlich:

In den letzten Jahren hat die Idee der Volksgesetzgebung wieder Aktualität gewonnen, freilich in einem anderen Sinne, als zur Zeit der ersten Auflage meine Schrift. Die Frage wird heute diskutiert nicht mit Beziehung auf die innere Organisation des Staats, sondern mit Beziehung auf die innere Organisation der proletarischen Organisationen der Gewerkschaften, Genossenschaften, der Partei... Die „direkte Gesetzgebung durch Volk“ die Urabstimmung ist ein ganz zweckmäßiges Mittel bei kleinen Organisationen, aber sie ist immer unzulänglich und schwerfällig bei großen. Die Frage, die am ehesten eine Differenz zwischen Massen und Führern hervorgerufen kann, ist, ob eine Aktion im gegebenen Falle nützenswert ist oder nicht. Diese Frage erhebt sich die richtige Beantwortung. Wörtlich liegt die einzige Ansicht des Erfolgs in der überabstimmenden Schmelzheit des Vorschlags. Andererseits erhebt sich die Beantwortung dieser Frage, daß man die eigenen Kräfte sowie die des Gegners kennt, während es allerdings notwendig ist, diesen über die eigene Leistungsfähigkeit im dunklen zu halten. Endlich daß man weiß, wie nicht nur in der eigenen Lokalfaktion, sondern in allen Lokalfaktionen, die in Betracht kommen, die Verhältnisse liegen. Bei einem großen Industrieverband, der zum Beispiel über das ganze Deutsche Reich verstreut ist und mannigfache Berufe umfaßt, ist es kaum das nicht leicht festzustellen. Die Massen der einzelnen Lokalfaktionen werden immer der Gefahr unterliegen, von lokalen Gesichtspunkten übermäßig beeinflusst zu werden. Oft fehlt die Zeit, sie über alle Verhältnisse aufzuklären, vielfach verbietet es sich sogar, denn nichts ist richtiger, als sich am Abend einer Aktion vom Gegner in die Karten schauen zu lassen. Alles das bewirkt, daß die Urabstimmung als Mittel der Einleitung einer Aktion immer mehr versagt. So wie die Staaten, so wachsen auch die Organisationen des Proletariats, sobald sie große Massen umfassen, immer mehr aus dem Stadium der Volksgesetzgebung heraus.

### Aus den Kolonien.

DAN. Die Bevölkerung der Stadt Svendborg betrug am 31. Dezember 1910 im ganzen 2792 Personen, nämlich 1129 weibl. und 1663 männl. Von den letzteren stammten 1365 aus dem Schutgebiet, darunter 528 Frauen, 355 Ovambo, 346 Bergdama, 127 Sottentoten. Die weibl. Bewohner haben gegen das Vorjahr nur um 87 zugenommen. Die natürliche Vermehrung betrug 67 Geburten, der natürliche Abgang 21 Todesfälle, von denen 14 auf Kinder entfielen. Mütterliche Bewohner gab es 686, darunter 142 unter 15 Jahren, weibl. 448, davon 119 unter 15 Jahren. Verheiratet waren 209 Männer mit anwesenden und 14 mit abwesenden Frauen. Dem Bekanntnis nach waren 800 ev. getauft, 204 katholisch, 65 andere gehörten meist dem mohammed. Bekenntnis an. Der Staatsangehörigkeit nach gab es 894 Deutsche (88 u. S.), 24 Russen (russl.), 33 Dänen, 25 Kolonial-Eingeb. 20 Engländer, 16 Holländer, 7 sonstig.

### Ausland.

#### Die Lage in Mexiko.

\* Aus New York wird gemeldet: Der amerikanische Gesandte Henry Lane Wilson, der kürzlich zur Berichterstattung aus Mexiko nach Washington zurückkehrte, berichtet, daß die Lage in Mexiko sehr ernst ist. Präsident Diaz sei schwer krank und seine Regierung im Anfechten. Die Ent-

sendung amerikanischer Truppen sei zum Säug der weitgehenden amerikanischen Interessen für den Fall, daß die Revolution an Ausdehnung zunimmt und Diaz kürzt, die Revolutionen in Mexiko (Texas) werden drei Regimenter sowie die Flotte zum „Schuh“ der Goltzke entsandt. Gleichzeitig wird die pazifische Küste durch die Brigade in San Diego und San Pedro im Bezirk Los Angeles gebildet. Eine große Abteilung Marineoffiziere geht von Philadelphia nach der Flottenstation Guantanamo auf Cuba ab, wo sie weitere Befehle zu erwarten hat. Zwölf Kompagnien Küstenartillerie gegen von Newport nach Galveston ab.

**Weiter meldet der Draht:**  
Mexiko, 8. März. Die Aufstandsbewegung breitet sich von Tag zu Tag immer mehr aus. Auch die südlichen Staaten werden unruhig. Die Regierung ist nicht imstande, den Frieden wiederherzustellen. Die Lage der Fremden ist gefährlich, da sich an zahlreichen Plätzen Räuberbanden bilden. Der Handel ist bei den unsicheren Verhältnissen sehr ins Stocken geraten.

### Gluttrache für Ismael Kemal?

Aus Konstantinopel meldet das „B. T.“: Die Kammer befaßte sich nun noch flüchtig mit dem Zwischenfall, der als beiseite geschoben wurde. Gleichwohl herrscht in albanesischen Kreisen tiefe Erregung infolge des ältlichen Angriffs auf den Albaner Kemal, der von seinen Landsleuten gern als „Vater der Albanen“ bezeichnet wird. Ihr Jörn, der sich gegen den Abgeordneten Derwisch bei und seine Freunde richtet, macht sich bereits in Dohungen einiger albanesischer Abgeordneten Luft, die erklären, die ganze albanesische Nation sei durch die Tat Dermischi beleidigt, und es wird dabei ganz unzweideutig auf Gluttrache angepielt.

### Halle und Umgebung.

#### Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht.

Unter Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Erzgeling, H. Egell hielt am Mittwoch in Halle im Hotel Boreg der Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht in der Krönung Sachsen und dem Herzogtum Anhalt eine achtundzwanzigste Mitgliederversammlung ab. Aus dem 10. und 11. Jahresbericht des Vereins und dem 3. und 4. Jahresbericht der Kinderheilstätte Herzogin Marie bei Dranienbaum (1908/10) ist folgendes mitzuteilen: Der Verein, kurz hauptberuflich genannt, hat in den Berichtsjahren eine sehr lebhaftige Tätigkeit entwickelt. In zahlreichen Städten sind Dispersorien entstanden und Fürsorgestellen für unermittelte Lungentranke ins Leben gerufen worden, so daß es nun noch wenige Orte gibt, wo vielen armen Leuten nicht Fürsorge und Hilfe zuteil wird. Der Hauptberuf ist häufig in die Lage gekommen, mit Rat und Tat zu helfen. Er unterstützt auch die von ihm geleitete Kinderheilstätte Herzogin Marie bei Dranienbaum, wozu er allerdings noch immer der Zufußhilfe bedarf. Das Gehalt des Herrn Oekonomierats v. Digne v. Dudenhof in Höhe von 10.000 Mk. milderte die Schuldlast.

Der Bericht läßt sich bei weitem aus über die abgehaltenen Wanderversammlungen und das Tuberkulosemuseum, über das öfters berichtet worden ist. Der Magdeburger Dispersorien hat den Ansehlich an den Hauptverein grundsätzlich abgelehnt.

Was die Fürsorgefähigkeit anlangt, so waren 9 Patientinnen für Rechnung der Heilstätte des Vereins in Regensburg, 1 Kranter erhielt einen Zuschuß zu einer Kur in Reibsdorfgut, 1 Kranke in Dranienbaum. Im ganzen wurden dafür 2670 Mk. ausgegeben. Für Freizeiten in der Kinderheilstätte (einschließlich der gestifteten Freizeiten) wurden in zwei Jahren insgesamt 11.815,25 Mk. ausgegeben. Aus den Stiftungen für Freizeiten waren 7164 Mk. zur Verfügung. Im 1909 waren zu verzeichnen an Einnahmen 16.503,47 Mk., an Ausgaben dagegen 23.130,29 Mk.; in 1910 an Einnahmen 26.470,04 Mk., an Ausgaben 33.069,09 Mk., mithin Fehlbetrag 6599,05 Mk. Ende 1910 beträgt die ursprüngliche Schuld von 90.000 Mk. noch 85.475,02 Mk., von 5000 Mk. noch 4504,48 Mk. und von 10.000 Mk. noch 9522,75 Mk., zusammen 100.102,25 Mk. Das deutsche Zentralkomitee gewährte eine Beihilfe von 5000 Mk.; im ganzen hat es 25.000 Mk. beigegeben.

Was die Kinderheilstätte Herzogin Marie an die in ihrem Betriebe anlangt, so ist zur Stifftung eines neuen Freizeites jetzt eine Summe von 20.000 Mk. erforderlich. Stiftungen sind eine ganze Anzahl gemacht worden in Form von Wirteln von Freizeiten beim Pflegen; bestimmte Jahresbeiträge leisten Kreise, Städte um zu bestimmten Zwecken oder zur freien Verfügung. Auf Freizeiten befanden sich in der Heilstätte 30 Kinder, auf Kosten von Siftern waren darunter 15, die übrigen auf Kosten des Vereins in 1909, dagegen 51 Kinder in 1910, davon 19 auf Kosten des Vereins.

In den Ausflügen wurden die ausziehenden Mitglieder wieder, die Herren Diatonus Palme-Mühlhausen, Professor v. Drigalski-Halle und Medizinalrat Dr. Räuber neugewählt. In den Vorstand wurde noch Herr Stadtrat Dr. Toppelmann-Gall gewählt.

#### Die Haftpflichtversicherungs-Gesellschaft der Hausbesitzer zu Halle a. S. und Umgegend

erstatet folgenden Jahresbericht für 1910:

Das verfloßene Jahr war reich an Schadensfällen, für welche die Gesellschaft Entschädigungen zu gewähren hatte. Bisher konnte das Geschäftsjahr 1904, in welchem insgesamt 4043,70 Mk. an Entschädigungen zu zahlen waren, als das verlustreichste gelten. In verfloßenen Jahre aber wurde dieser Betrag noch übertraffen, indem insgesamt 4399,85 Mk. zur Regelung von Schadensansprüchen angewendet werden mußten.

Trotz dieser großen Ausgabe verbleibt — wie aus der Jahresrechnung ersichtlich ist — noch ein Reingewinn von 2840,58 Mk., der dem Reinerlöb des zuzuschlagen ist, so daß dieser nunmehr auf 32.890,95 Mk. angewachsen ist. Daneben hat die Gesellschaft ihre Schuld an die Anteilseinerinhaber von 88.000 Mk. auf 85.000 Mk. verringert. An neuen Versicherungen wurden im Berichtsjahre 399 abgeschlossen; der Bestand an bestehenden Versicherungsverträgen erhöhte sich dadurch auf 2771.

Die Prämienentnahme stieg von 7206,65 Mk. im Jahre 1909 auf 7886,90 Mk. im verfloßenen Jahre. Alle übrigen Zahlen sind aus der nachstehend mitgeteilten Jahresrechnung zu ersehen.

Ueber den Charakter der registrierten Schadensfälle ist zu sagen, daß sich die Mehrzahl der Fälle darauf löste, daß bei Glattreiß nicht getrennt oder die Treppengänge mit Eintritt der Dunkelheit nicht beleuchtet waren. In einem Falle wurde die Spindelbremse damit herbeigeführt, daß der Hausbesitzer in dem Augenblick, als ein Mitfahrender eine leere Wohnung beistiegen wollte, einen starken Gaserschlag wahrnahm und zur besseren Unterleuchtung der dunklen Stelle ein Streichholz anzündete. Die darauf folgende Explosion des Knallgases verlegte den Mittelstufen, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte; in anderen Fällen waren die Schadensforderungen auf die schlechte Instandhaltung von Gebäudeteilen, von Dächern, Kanaldächern, Zäunen usw. zurückzuführen.

In das neue Geschäftsjahr sind noch einige schwebende, vor den hiesigen Gerichten anhängige Prozesse wegen angemeldeter Schäden mit übernommen worden. Wir glauben, in jedem Falle die Streitigkeiten zu gewinnen. Außerdem sind die hier in Betracht kommenden Ansprüche nicht von so großer Bedeutung, daß sie auf das Ergebnis der ferneren Geschäftsergebnisse von erheblichem Einfluß sein würden.

#### Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.

In der letzten Sitzung hielt Herr Dr. Rath unter Vorlesung eines reichhaltigen und außerordentlich schönen Materials einen Vortrag über Symbiose und Parasitismus. Neben dem Leben und Lebensgemeinschaften, die entweder zu beiderseitigem oder einseitigem Vorteil dienen. Ein bekanntes Beispiel für das Zusammenleben zweier Tiere bildet der Einfieler-Krebs (Vogurzus bernhardi) mit der Wittne Wambsa ronebeli; der gegenseitige Nutzen wurde erläutert. Andere Krebs (Capogurus und Dromia) leben mit einem Schwamm (Sabertus domarcusii) zusammen. Auf vielen Insekten und Metazoen findet man die Symbiose, einen tierischen Rankenfischer, darauf ist noch Glotomopsis, ein Fisch auf das Pflanzenreich wurden Streifliche gewiesen, z. B. auf das symbiotische Verhältnis von Pilz und Alge bei den Flechten und von Bakterien in den Wurzelknäulen von Leguminosen usw. hingewiesen. Ferner wurde auch der Zoofloren gebacht, — Bei dem Parasitismus unterscheidet man Innen- und Außenparasiten. Manche Parasiten sind an ihren Wirten gebunden, andere wieder nicht. Eine in Brasilien heimische Aseel von drei Zentimeter Länge bringt in die Fische ein und frisst diese aus, wie ein Präparat deutlich zeigt. Bekannt ist die bei uns vorkommende Karpfenlaus (argulus foliaceus), ein zu den Krebsen gehörendes Tier; es schmarrt auf der Haut des Karpfens und seiner Verwandten. Ferner wieder ist in den Kiemen und in der Rachenhöhle von Schellfischen. Die Blutegel frist nicht an die warmblütigen Tiere gebunden, sondern suchen sie nur zur Nahrungsentnahme auf. Von den mannigfachen Ektoparasiten des Menschen fiel besonders der Sandlöffel auf, der in heißen Gegenden lebt und unter den Schweißdrüsenartige Schwürme hervorruft. Von den Entomoparasiten interessierten zunächst die verschiedenen Arten der Bandwürmer, ferner Leberege, Spulwürmer. Auch dem Reiche der Insekten wurden außer den Tachiniden die Destrifen, von den Wülben die Stöckische (Todes und Argos) erwähnt. Einen bemerkenswerten Anhalt bot eine Kröte, wie bei lebendigen Leibe von Zuckerschäfern verzehrt wurde. — Außerhalb des Themas zeigte Herr Dr. Rath noch eine Utricularia, die zahlreich Ranunkeln in den Fanggraben festhält.

Herr Dr. Heinrich teilte mit, daß in einer illustrierten Zeitschrift die Nachrichten gebracht sei, in der Gegen des Kuffhäusers werde eine fette tonige Erde von Steinbrucharbeitern gesellen. Reizend hat über diese kulturell höchst interessante Gewohnheit des Erdessens in dessen trotz eifriger Nachforschungen nichts in Erfahrung bringen können und würde etwaige sichere Nachrichten hiermit mit Dank entgegen nehmen. Adresse: Hirsch-Postpote, März 17.

#### Die Sittlichkeit des Monismus.

Für die Verbreitung über die Sittlichkeit des Monismus (Einkheitslehre) am nächsten Sonntag, den 12. März, abends 8 Uhr im Gemeindepavillon Albrechtstr. 27 stellt Oberpfarrer Schmidt folgende Vorträge auf:

1. Jede Weltanschauung muß sich zugleich durch ihre Frucht ausweisen. 2. Dasu gehört der Nachweis, daß tatsächlich in ihr Leben diese Frucht bringt. 3. Der mechanistische (materialistische) Monismus ist nicht die Willensfreiheit aus und somit folgerichtig nur zum „Müß“, nicht zum „Soll“, also nicht zur Sittlichkeit. 4. Der moderne „kritische“ Monismus erkennt eine gewisse Freiheit, damit freilich einen gewissen „Qualismus“, an und leitet durch Erfahrung und Denken aus Natur und Geistesgeschichte anerkanntswerte Ziele (Ideale) und Pflichten, besonders sozialer Art, ab. 5. Es ist auch klar, daß verständliche, rein weltliche Erfahrung unter Verbalten in Tat und Gesinnung nützlich beeinflussen kann. 6. Dagegen ist zu behaupten, daß weltliche Ziele der Welt und des Lebens so wie dementsprechendes Bewußtsein der unbedingten Verpfichtung nur sichergestellt und erklärbar sind auf dem Grunde des bewußt wollenden und die Welt liebenden Geistes, d. h. Gottes. 7. Kurz gesagt, wirkliche Sittlichkeit ruht zuletzt immer auf Religion. — Die Stellungnahme nur auf „Natur und Geistes“ reicht nicht heran an die unverrückliche Verbindlichkeit der sittlichen Forderung, die Innerlichkeit, Reinheit und Kraft wahrhaft sittlichen Lebens. 8. Praktisch wird daher allezeit das „Gott fürchten, lieben und vertrauen“ der unerlebbaren Boden fürchten Frucht bieten, — wie die Verkörperung der Welt zum Reiche des ewigen, heiligen, barmherzigen Gottes wahrhaft monistisch, d. h. in eigentlich umfassendem Sinne, ist, als das Ziel der Welt durch alle Entwicklung hindurch erweist.

Im Referenten der Umgegend von Halle spricht nächsten Sonnabend, den 11. März, 2½ Uhr im Schützplatz, Poststraße 5, Herr Lehrer Koch-Hollenberg über ein sehr zeitgemäßes Thema: „Ueber einen Entwurf zu einem Reformplan.“

### Aus dem Leserkreise.

(Für die Besprechungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion die alleinige Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 2 Abs. 3 des Preßgesetzes in jedem Umfange der Einfender verantwortlich.)

Uebelländ in der Köthenerstraße. Der westliche Bod-Zufuhr der Köthenerstraße vom „Feldschloßchen“ ab bis zur Stadtgrenze — Abzweigung des Feldweges nach Seeben — (Rauneze II a/b), der ein andauernd lebhaftes Frequenz in den Tages- und Abendsstunden aufweist, befindet sich längerer Zeit in einem derartig trübseligen Zustande, daß es besonders bei der jetzt herrschenden kalten Witterung kaum zu passieren ist. Die städtische Wegeverwaltung würde sich den Dank dieser Anlieger und Passanten erwerben, wenn eine gründliche Ausbesserung (Beseitigung oder dergl.) baldmöglichst durchgeführt werden könnte.

genommen wird, damit die moralischen, unebenen Lächer und abschließlichen Stellen nach dem Schaufelgraben zu befestigt und in einen passablen Zustand gebracht werden. Die Beschaffenheit des anstehenden Fußweges der Landstraße in d. Gemarkung fällt um so angenehmer auf, als dieser stets gut unterhalten wird.

### Gerichtsverhandlungen.

#### Ein sensationeller Mordprozess.

Otto Antelius vor den Geschworenen.

(Magdb. verb.)  
S. U. H. Magdeburg, 8. März.  
Der Angeklagte Antelius, der gestern bereits geäußert hatte, daß er auf bestimmte Personen Verdacht habe, nennt als solche Personen den „Mannheimer Karl“ und den „Franzosenmüller“ Personen, die er auch nur dem Vornamen nach kennt. Die Berliner Kriminalkommissare Klinghammer und Weiland geben an, daß ihnen diese Personen unbekannt seien.

Staatsanw. Dr. Schütte: Es ist mir inzwischen gelungen, die Personalität des „schwarzen Artur“ zu ermitteln. Es handelt sich um einen Arbeiter Peters, der in Berlin in der Bappel-Allee wohnt. Er leidet an einem Fußleiden und kann nicht herfortkommen. Wir wollen in Berlin feststellen, ob er rechtsfähig ist. Ich kann schon jetzt erklären, daß er gelagert hat, er habe Berlin in den letzten Jahren nie verlassen. Ich habe anheim, ob wir nun auch noch Erhebungen machen wollen, um den „Mannheimer Karl“ und den „Franzosenmüller“ festzustellen zu machen. Ferner beantrage ich, den Kriminalkommissar Wille aus Frankfurt a. M. zu laden und darüber zu vernehmen, daß Antelius einmal, als er von Wille festgenommen werden sollte, aus dem Bett herausprang und sofort zum Revolver griff. — Vert. R. A. Borée: Wir legen gar keinen Wert darauf, ob der „schwarze Artur“ jemals in Magdeburg war oder nicht. Dagegen beantrage ich zu protokollieren, daß dem Angeklagten gestern die Aussage des Zeugen Ritter nicht im Zusammenhang mitgeteilt worden ist, sondern stückweise bis zu dem Moment, als Ritter die Person des „schwarzen Artur“ und dessen Täterschaft angab. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte, wenn er abgefragt worden ist, in den Stand des Verhörs durch die Mitteilung des Vorliegenden gelegt werden muß, in dem er sich befinden hätte, wenn der Zeuge in seiner Anwesenheit vernommen worden wäre. — Das Gericht beschließt, dem Antrag des Verteidigers zu entsprechen und den Vorgang so, wie er sich gestern abgepielt hat, zu protokollieren.

Der Vorliegende richtet erneut eine Reihe Fragen an den Zeugen Ritter über die Kleidung, die der „schwarze Artur“ in Magdeburg getragen habe, falls — Zeuge Ritter ist befragt, genau die Farbe des Jacketts, die Art der Knöpfe sowie die Form der Taschen des Jacketts, den der „schwarze Artur“ getragen habe. — Vert. R. A. Borée: Antelius nicht häufig Karfreitern gemacht worden seiner Fräuleins? — Zeuge Ritter, ich war einmal dabei, als eine kleine schwarze Dame ihm im Café mit der Ethel getroffen, falls er nicht die Fräuleins aussehe. — Vert. R. A. Borée: Ritter bleibt unverändert, weil er der Teilnahme an dem hier zur Verhandlung liegenden Mord verdächtig ist. — Vert. R. A. Borée: Dem möchte ich widersprechen. Ich beantrage zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage die ausdrückliche Vernehmung Ritters. Wir behaupten, daß alles das, was er über den Aufenthalt des Antelius in Magdeburg gesagt hat, unwahr ist. — Vert. R. A. Borée: Wir behalten uns den Beschluß vor.

Nächste Zeugin ist eine Frau K o m o t o w s k i aus der Sengelstraße in Berlin, die der Antelius im Sommer 1908 längere Zeit unter dem Namen Turban gemocht hat. Antelius habe bei ihr unangenehm gewohnt, weil seine Eltern nicht willen sollten, daß er ein Verhältnis mit der Witwe hatte. Ein junger baltischer Mann mit roten Haaren habe ihm öfters bis zum Hals beschuldigt. Auf Veranlassung des Vorliegenden muß Ritter sich seinen Aussagen zuwenden, die Zeugin erklärt mit Wahrscheinlichkeit, daß es dieser Mann gewesen ist.

Bege Untersuchungsrichter Landgerichtsrat R a s s e l e - M a g d e b u r g hat sowohl die Verurteilung gegen Ritter wie gegen Antelius gestiftet. Er hat Ritter vor vernommen, gesagt, es sei wenig glaubhaft, daß er diese Tat mit einem ihm ganz unbekanntem Menschen ausgeführt habe. Vert.: Haben Sie Antelius nicht vorgeschrieben, wie es kam, daß er zwei Jahre hindurch Verwandte und Freunde ohne Nachricht ließ? — Zeuge Landgerichtsrat R a s s e l e: Ja wohl, er sagte mir, er sei in Rio de Janeiro in eine ganz andere Gesellschaft geraten und habe daher jede Verbindung mit den Berliner Schiebern abbrechen wollen. Er hätte die Pflicht gehabt, ein ganz anderes Leben anzufangen.

Die Verurteilung des Angeklagten geht dahin, daß er nicht in Magdeburg gewesen ist und daß ihm deshalb nichts passieren könne.

### Provinzial-Nachrichten.

**Mädchen-Fortbildungsschule.**  
# Moorbad Schmiedeburg (Bez. Halle), 6. März. In diesem Winterhalbjahr war hier der erste Versuch zur Organisation einer allgemeinen freiwilligen Mädchen-Fortbildungsschule gemacht worden, der über alles Erwarteten gelang. Junges Mädchen aus allen Ständen opferten gern einmal zwei Abendstunden in der Woche dem Zusammensein mit ihren früheren Schulfreundinnen und der zwanglosen allgemeinen Fortbildung. Die Teilnehmerzahl (35—35 pro Abend) ist für einen Ort mit 2600 Einwohnern gewiß eine anerkanntswerte Leistung.

Der Plan war wegen Beteiligung aller Berufe und Stände absichtlich nicht als städtisch gehalten; es wurde versucht, nicht-wohlführende Stoffe und Beschäftigungen zu bieten, die den Interessen aller jungen Mädchen berühren. So wurden als Handarbeiten angefertigt: Zillbühnen, Stickerien, Gardangearbeiten, eine Hemdbluse, Webdrücker-Arbeiten; wer des Möbelsinnens noch nicht kundig war, wurde in die Anfangsgeheimnisse dieser Kunst eingeführt; zu den Weihnachtarbeiten wurden Kartschläge verteilt und Hilfen gewährt. Vorträge und kürzere und längere Vorträge gingen nebenher. U. a. gab der Bürgermeister Gegenstände aus den Gebieten des Gefährde, Miets-, Wohn- und Familienrechtes, in Aussicht genommen sind noch Vorträge aus der Geschichte des Frauenlebens und aus der Gesundheitslehre. Nicht vergessen war die Pflege des Gelanges, namentlich des Volksliedes. Da die Schulung für einige dieser Vieder mit Recht als noch nicht reif erachtet wird, so können wir uns allen, lieben Melodien und Texte nur durch Pflege in der nachschulpflichtigen Zeit erhalten.

Der Verlauf verläuft das Beste für die später geplante Einrichtung einer städtischen Mädchen-Fortbildungsschule auf zu ermutigenden günstigen Grundlagen. Im Sommerhalbjahr hindurch freiwillige Kurse nicht möglich, da dann alle jungen Mädchen



wegen des stündig steigenden Bedarfes unseres Eisen-Moorbades (seit 3000 Badergäste im vorigen Jahre) in Anspruch genommen sind.

**Eine originelle Abwech.**

**Osternied, 6. März.** Der Besitzer eines Wanderlagers hatte dem Wirt eines Hotels den Saal für einige Tage abgemietet, ohne zunächst anzugeben, zu welchem Zweck er den Saal haben wollte. Als nun bekannt wurde, um was es sich handelte, schritten die hiesigen Schuhwarenhändler zur Selbsthilfe. Sie mieteten einen Teil der unteren Restaurationsräume des Hauses, kündigten ihrerseits einen Verkauf von billigen Schuhwaren an und suchten die in Scharen vorbeistreichenden Käufer vom Lande und der Stadt zunächst an ihre Verkaufsstände zu führen. Der Wanderlagerbesitzer dagegen ludte die Käufer vor der Toreinfahrt des Hotels abzufahren und begünstigte sie durch einen Vortausgang in den Saal, wo er seine „Schuhe“ aufgestellt hatte, während vor dem Haupteingang des Hotels die Plakate der Osternieder Händler: „Hier sind die billigsten Schuhwaren zu haben!“ zum Kaufe einluden.

Durch dieses ihr Vorgehen gegen das auswärtige Warenlager haben die Schuhwarenhändler einerseits gute Geschäfte gemacht, andererseits aber dem Wanderlagerbesitzer das Wiederkommen verweigert.

**# Paffenborn, 8. März.** (Gemeindevorsteher-Sitzung.) Freitag, den 10. März, 8 Uhr abends, findet im Goshäus „Stadt Halle“ eine öffentliche Sitzung der Gemeindevorstellung statt.

**Freudenb., 8. März.** (Vermit.) Seit Sonnabend abend wird der etwa vierzig Jahre alte verheiratete Landwirt Albert Bape, Vater von 7 Kindern, aus dem nahen Dorfe Eberstoda vermisst. Man befürchtet, daß ihm ein Unglück zugefallen ist.

**3. März.** (Die Stadtverordneten.) Lehten den Bau einer Verbindungsbrücke über den Weidenberg zur Entlastung der Weidenbergstraße aus finanziellen Gründen ab, obgleich die Bedürfnisfrage für die Brücke bejaht wurde, und beschloß die Anstellung eines Tiefbau-Ingenieurs zur Ausarbeitung des auf vorläufig 600 000 Mark veranschlagten Sanftationsplanes. Der Konkurs des Gießerei-Bankhauses, dessen Chef Gießler kürzlich freiwillig aus dem Leben schied, wurde in einer Anfrage aus dem Kollegium getreift, ob die Stadt in der Sevinischen Erbschaftsache, in der Gießler als Testamentsvollstrecker fungierte, geschädigt worden sei. Vorsteher Justizrat Köhrst erklärte, daß dem Testamentsvollstrecker in dem Testament aufgegeben worden sei, eine Summe zur Verschönerung der Stadt zu verwenden, er habe aber auf Grund des Testaments volle freie Hand gehabt. Bürgermeister Kelp ergänzte diese Ausführungen dahin, daß die für die Stadt bestimmte Summe 18 000 Mark betrage, zu deren Sicherung mit Zustimmung Gießlers eine Sicherheitshypothek auf das Gießerei-Bankgrundstück bestellt worden sei.

**Zeidorf, 8. März.** (Armer Junge.) Am Sonntag mittag geriet der achtjährige Sohn der vermittellosen Mühlenscheiterin Leonhard, als er seinen in das Näherwert gefallenen Ball herausfangen wollte, mit der linken Hand in das Getriebe der Mühle, wobei ihm diese rauh getroffen und geschnitten wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der bedauernswerte Junge nach Halle in die Klinik überführt.

**Aloftoda, 8. März.** (Ruhlos.) Wie verlautet, beabsichtigt Herr Rittergutsbesitzer Müller hierorts im Laufe dieses Jahres ein mit allem Komfort eingerichtete Kurhaus zu erbauen.

**Worbis, 7. März.** (Eine Petition) gegen weitere Beschränkung des Hausverbrauchs ist von den eisenhiesigen Händlern und Hauswirten dem Reichstage zugestellt worden.

**Rossum, 7. März.** (Tod durch Verbrennen.) Der Arbeiter Schielberg, dem feuerzeit, wie gemeldet, beim Wärmen an einem Ackerfeuer beide Beine verbrannt waren, ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

**Güter, 8. März.** (Ein mykriterischer Gast)ehrte dieser Tage in später Abendstunden in ein hiesiges Gasthaus ein, um sich einen steifen Grog zu leisten. Während kannte ihn, aber es fiel ihm auf, daß er von der Zuderschaft, die ihm mit dem Grog gereicht worden war und die, wie am Tisch Sitzenden deutlich gesehen hatten, nur 4 Stück Zucker enthielt, 13 Stücke wegnahm und einseln in den dampfenden Grog fallen ließ. So steigerte sich das Interesse der übrigen Gäste zur Verblüffung, als der Fremde schließlich, immer ruhig am Tisch sitzend, ein leeres Grogglas in ein Zeitungspapier wickelte, das entzündende Paket zusammenstülpte und achtes auf den Fußboden warf. Das Grogglas war nicht mehr darin, es war verschwunden und fand sich erst nach einiger Zeit in der Kottelasse des eifrig danach suchenden Wirtes wieder, wo es dem inzwischen ebenfalls verschwundenen Zuderschaftlichen Gesellschaft leistete. Dann erst wickelte sich der Fremde als „Zaubertrinker“ Gagliostro Bellaghi in vor, der beabsichtigt, im Schuppenbasse Vorstellungen zu geben.

**Gotha, 6. März.** (Die Stadtverordneten) haben auf ein Gehalt um einen Beitrag zu dem geplanten Schloßhotel beschloßen, für 20 000 Mark Aktien zum Parfüse zu übernehmen.

**Veipzig, 8. März.** (Kinematographenwesen.) Zur Hebung des Kinematographenwesens hat sich aus Vorständen einer Reihe gemeinnütziger Vereine ein Ausschuss gebildet, der einen Aufruf zur Gründung eines Vereins zur Hebung der Kinematographie erlassen hat. Der Verein geübt, Beiträge zur Ausrüstung weiterer Züge zu veranlassen, müttergültige Vorrichtungen in Theatern, Vereinen, Schulen usw. zu veranlassen, die Behörden in der Bewaßigung der Kinematographischen Vorstellungen zu unterstützen und Fürsorge für die Beschaffung guter Filme zu übernehmen und belebenden Inhalts zu treffen.

**Chemnitz, 8. März.** (Kunst.) Die Formner und Gießer der Eisenhiesigen Gießerei (Kunde der Maschinenfabrik von Schubert u. Seher) und der Maschinenfabrik Kappel sind in den Vorstand getreten. Die Formner der Heimbroschen Eisenhieserei in Eintriedel wollen sich anschließen.

**Kunst und Wissenschaft.**

**Vom ersten deutschen Hochschultage in Gießen.**

Man schreibt uns aus Leipzig: Einen wichtigen Schritt zur Einigung der deutschen Studentenschaft bedeuten die Beschlüsse des ersten deutschen Hochschultages zu Gießen. Obwohl sie zum größten Teil aus Vertretern zweispaltiger Hochschulen bestanden, lehrte die Verarmung doch antiliberalistische Tendenzen ab. Sie sah vielmehr ihre Aufgabe darin, die Herausforderungen der Zweispaltigen und Anhänger, die durchaus nicht diametral entgegengesetzt sind, zu veröhnen, einen Weg zu finden, der beiden Ansprüchen gerecht wird. Ein solcher Weg scheint im Göttinger Ehrenrat bereits gefunden zu sein.

Der erste deutsche Hochschultag beschloß, an möglichst allen Hochschulen Deutschlands sofort Ehrenauswahlschüsse ins Leben zu rufen, die ihrerseits die Gründung von Ehrenräten nach

Göttinger Vorbild (ausgezeichnet berichtet darüber die „Blätter aus dem Schwarzburgbunde“ I, 3) ins Werk legen. Den Zentralausschuß der Göttinger Ehrenrat bilden. Man hofft in diesen Ehrenräten die Grundlage legen zu dürfen für allgemeine studentische Arbeitsauschüsse zur Verbesserung und Vertretung studentischer Standesinteressen. Die Ehrenräten verpflichteten sich, überall und besonders in ihren Verbänden für Zusammenfluß zu allgemeinen studentischen Arbeitsauschüssen zu wirken. A. K. o. o.

**Ein neuer Künstlerprotet.**

Man schreibt uns: Der „Künstlerverband Deutscher Bildhauer“ protestierte schon beim Kunst- und Bauauschuß des Bismarck-Nationaldenkmals für die Elisenhöhe bei Bingerbrück dagegen, daß Professor Hermann Fahn-Wüding, der ursprünglich dem Preisrichteramt angehörte, sich gleichwohl am Wettbewerb beteiligt habe und sogar mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden sei. Es hätte zudem der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden müssen, daß Fahn aus dem Preisgericht ausgetreten sei und mit konkurriert habe.

Dies ist aber nicht geschehen, wodurch jener Verstoß gegen die Wettbewerbsnormen der Künstler noch bedeutend erschwert wurde. Die Entscheidung des Preisgerichts wird auch somit im allgemeinen vom protestierenden Künstlerverband Deutscher Bildhauer beanstandet.

**Geß. Justizrat Wille.** F. Einer der Schöpfer des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der Geheimrat Justizrat und Dr. jur. h. c. Richard Wille ist im Alter von 81 Jahren in Potsdam nach längerem Leiden gestorben. Am 31. Dezember 1830 als Sohn einer alten und angesehenen Juristenfamilie geboren, praktizierte er lange Jahre als Rechtsanwalt und Notar am Kammergericht und war auch Syndikus der Königlich-Preussischen Seehandlung. Im Jahr 1878 die Rolle als, Södel, der das Leben des alten Kaisers Wilhelm bedroht hatte, als Offizialvertreider zur Seite zu stehen. An der Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuchs hatte er einen nicht unbedeutenden Anteil. Seit einigen Jahren hatte Geheimrat Dr. Wille, dem die juristische Fakultät der Berliner Universität zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum den Ehrentag eines Doktors verliehen hatte, seine Papiere an einen Neffen abgegeben und sich nach Potsdam zurückgezogen.

**Vermischtes.**

**Der Konkurs zweier Gardeoffiziere.**

In den gesellschaftlichen Kreisen Berlins bepricht man gegenwärtig die Tatsache, daß über das Vermögen von zwei jungen Gardeoffizieren Konkurs verhängt werden mußte, auf das Lebensstille.

Die beiden Gardeoffiziere, deren Gläubiger öffentlich aufgefordert worden sind, ihre Forderungen beim Konkursverwalter anzumelden, sind der Oberleutnant Rabe von Pappenheim und der Leutnant von Bülow, beide vom 2. Garderegiment zu Fuß. Ihren Vätern, die sich in hervorragenden sozialen Stellungen befinden, ist es gewiß nicht leicht geworden, die ihrem Schicksale zu überlassen und auf die große Rolle jenseits des Ozeans zu werben, wo es nun ihre Aufgabe sein wird, sich eine neue Existenz zu gründen. Leutnant v. Bülow ist ein Sohn des kommandierenden Generals des III. Armeekorps in Berlin, der in der ganzen Armee das Ansehen eines der tüchtigsten Führer genießt, und Oberleutnant Rabe v. Pappenheim ist ein Sohn des bekannten konservativen Mitgliedes des Abgeordnetenhauses, Kammerherren und Präsidenten des Provinzial- und Kommunal-Landtages der Provinz Hessen-Nassau.

Der Zusammenbruch der beiden Gardeleutnants ist darauf zurückzuführen, daß sie sich verheiratet ließen, in einem der berichtigten Spielstills, die seit einigen Jahren in Berlin wie Pilze aus der Erde schießen, dem Kartaspiel zu frönen. Der Beitritt zu diesen Klubs ist allen Offizieren an sich schon aufs strengste unterlag, und eine Zunderhandlung gegen dieses Verbot zieht stets den Abschied nach sich. Die Herren v. Pappenheim und v. Bülow hatten aber außerdem am grünen Tische so erhebliches Maßgeur, daß sie sich schließlich einer Schuldenlast von je 20 000 M. gegenübersehen. Das mußte naturgemäß schließlich ihrer dienlichen Laufbahn ein Ende bereiten.

Ihr Geldsind nicht lebhafte Teilnahme, da beide in dienstlicher Hinsicht untätig waren und nun für ihren jugendlichen Leichtsin, zu dessen Beseitigung das Berliner Klaster so reichliche Gelegenheit bietet, so schwer zu büßen haben.

Ein unheimlicher Zwischenfall ereignete sich, wie der Jettolner Kreiszeitung berichtet, auf dem Friedhofe der weltlichen Fabrikstadt Verlohn bei der Beerdigung des Schleiermeisters Mertens. Dieser Zwischenfall hat außerdem eine gewisse Vorgeschichte. Nach Eintritt des Todes hatte sich die Witwe des Verstorbenen, der katholischen Bekenntnisses war, an die betr. Geistlichkeit mit der Bitte gewandt, dem Entschlagenen das letzte Geleit zu geben, was ihr auch zugestimmt wurde. Die Witwe begab sich außerdem noch zum hiesigen Metallarbeiterbureau und bat darum — der Verstorbene war Mitglied des Metallarbeiterverbandes —, dem ihm von diesem gewidmeten Kranz keine rote Schleife anzubringen, um das Gefühl der Geistlichkeit nicht zu verletzen. Mithin erhielt Frau Mertens eine Absage des amtierenden Geistlichen unter Zurücksendung des der Amtsandlung zugehenden Betrags mit der Begründung, der Verstorbene habe keinen christlichen Lebensabend geführt. Also wurde M. ohne geistliches Geleit zur letzten Ruhe befristet. Am Grabe wußte nun Herr Arbeitervertreter Rihert einen Kranz mit einer „Widmung“, die nach dem Geleit erlaubt ist, niederlegen. Daraus verurteilte ihn der Sohn des Friedhofwärters zu hindern. Auf Anträge beim Gewerkschaftsbureau wird dem oben zitierten Blatt mitgeteilt, daß der Verstorbene, wenn auch Mitglied des Metallarbeiterverbandes und Leiter der „Volkstimme“, doch der sozialdemokratischen Partei nicht angehört habe. Und selbst wenn das der Fall gewesen wäre, so ist die Handlungsweise der Geistlichkeit doch ein markantes Zeichen hartberziger Indulgenz, die um so mehr auffällt, als sich im politischen Leben das Zentrum der Sozialdemokratie gegenüber gar nicht so abweisend verhält. Politische Überzeugung und religiöse Empfinden haben wahrlich nichts mit einander zu tun.

Die Tragödie eines Taubstummen. An einem der letzten Tage spielte sich in Paris in der Rue Lepic auf offener Straße eine tragische Szene ab. Ein 23jähriger Taubstummer aus Vagnoles, Monsieur Robert de Fern, der seit Jahresfrist in Paris wissenschaftlichen Studien oblag, hatte sich seit einiger Zeit mit einem hübschen jungen Mädchen, Lina Lops, mit Einwilligung seiner Eltern verlobt. Mlle. Lops' Angehörige waren gar gegen die Verbindung, doch war deren Widerstand endlich besieg worden, und man hatte die Hochzeit bereits auf den Ostermontag festgelegt. Da kamen nun der jungen Dame vor kurzem 2 weiße

an der eigenen Liebe zu dem mit einem so traurigen Gebrechen behafteten Verlobten. Ihre Freundinnen rieten ihr dringend, das Verlöbnis zu lösen, da ihr aus der Ehe mit einem Manne, dessen Stimme sie nie mit häßlichem Namen rufen könne, mit dem sie sich nur mühsam durch Zeichen und Schrift zu verständigen vermöge, kein dauerndes Glück erwachsen dürfte. Entschlossen, ihren Bräutigam zu bitten, sie freizugehen, unterzeichnete Mlle. Lops mit dem jungen Mann einen Spaziergang. Mit Hilfe der ihm zugleich erlernten Finger-Alphabets legte das junge Mädchen ein offenes Geständnis ab. Kaum aber hatte Jene die Tatsache erfaßt, daß Lina sich um ihm loszulegen wolle, da holte er einen Revolver aus der Tasche und schloß die Wankelmütigkeit mitten ins Herz. Ein zweiter Schuß beendete sein eigenes Leben.

**Letzte Nachrichten.**

**Nordamerika und Mexiko.**

**London, 8. März.** Der Befehl zur Mobilisierung von 20 000 amerikanischen Truppen an der Grenze von Mexiko und die Entsendung eines Geschwaders nach dem mexikanischen Golf haben hier das größte Aufsehen erregt. In England und nach amerikanischen Depeschen auch jenseits des Ozeans gibt man sich nicht dem geringsten Zweifel darüber hin, daß es sich dabei um ein sehr ernstes Unternehmen und nicht bloß um Wändere handelt, wie die Washingtoner Regierung zur Verhütung der Welt im allgemeinen und amerikanischer Besitz von mexikanischen Werten im besonderen verbreiten läßt. Man spricht von einem ersten Schritt zur Aneignung Mexikos.

**Verhafteter Wechselräuber.**

**Weißenfels, 8. März.** (Privattelegramm.) Der 27jährige Buchhalter Bed fälligte auf den Namen seines früheren Chefs drei Wechsel im Betrage von 25 000 Mark. Er schlichtete dann nach Monte Carlo, wo er das ganze Geld verpielte. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er festgenommen.

**Selbstmord.**

**Reichenberg, 8. März.** Heute hat sich der Inhaber der Generalagentur der Frankfurter Unfall- und Versicherungsanstalt in Frankfurt a. M. Andreas Hofmann, aus dem dritten Stockwerk der Reichenberger Bezirkspostasse auf die Straße gestürzt, wo er mit zerstückterem Schädel liegen blieb. Hofmann, der im 56. Lebensjahre war, stand vor einem Prozeß. Dies dürfte die Ursache des Selbstmordes gewesen sein.

**Der „Rosenkavalier“ in Belgien.**

**H. Weiffel, 8. März.** (Privattelegramm.) Die Direktion der hiesigen Oper hat zur Aufführung des „Rosenkavalier“ von Richard Strauß für die nächste Saison angekauft. — Vorher jedoch wird durch ein Ensemble des Nürnberger Stadttheaters in deutscher Sprache in einigen belgischen Städten das Stück zur Aufführung gelangen.

**Gegen den griechischen Kronprinzen.**

**W. Athen, 8. März.** Die Abgeordneten von Athen. Gide sehen die Agitation gegen den Kronprinzen Konstantin fort. U. a. verlangen sie von der Nationalversammlung, daß der Beschluß des früheren Parlaments, die höchste und größte Domäne dem Kronprinzen zum Geschenk zu machen, rückgängig gemacht werde. Sie behaupten, daß das frühere Parlament unter dem Druck der Regierung gestanden habe.

**Botschafterwechsel.**

**Petersburg, 8. März.** Wie man von diplomatischer Seite hört, wird der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Berchtold in seinen hiesigen Posten im April verlassen. Zu seinem Nachfolger soll der Gesandte Graf Douglas Thurn-Balassina ausereichen sein.

**Vermischte Drahtnachrichten.**

**Frankfurt a. M., 8. März.** In der Voruntersuchung gegen den früheren Leutnant Schenk v. Schweinsberg und Genossen wegen gerwerbshafter Gläubigerspiels und Falschspielerei hat, wie die hiesigen Blätter melden, eine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter stattgefunden, der als Sachverständiger General v. Mantuffel aus Berlin beizwohnte.

**Frankfurt a. M., 8. März.** Die Kriminalpolizei verhaftete den 28jährigen Arbeiter Michael Heile, der in der letzten Nacht eine Prostituierte in den Mann geworfen hatte. Das Mädchen konnte gerettet werden.

**Konstantinopel, 8. März.** Die Deputiertenkammer hat der Vorlage, betreffend die Einrichtung eines Staatsarchivbüros, der besonders für die Militärs transporte bestimmt ist, zugestimmt. Das Kapital wird durch eine Anleihe von 500 000 Pfund beschafft, wofür der Staat haftet.

**Unterhaltungsblatt.**

Gestern noch auf Rosen Rosen. Roman von Gertrud Böhmer (fort.). — Carmencita. Humoristische Erzählung von Helene Lang-Anton. — Das Jubiläum eines Gasthauers. — Literatur.

Beitrag: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den totalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Sendel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Carl Meiner; für Kunst, Vermischtes usw.: Martin Neuhöfner; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.



